Staatsvertrag

zwischen

der Schweiz und dem Großherzogthum Hessen, betreffend gegenseitige Auslieferung von Verbrechern.

(Vom 9. Juni 1865.)

Der schweizerische Bundesrath

und

Seine Königliche Hoheit

der Großherzog von Hessen und bei Rhein

sind übereingekommen, einen Vertrag über gegenseitige Auslieferung von Verbrechern abzuschließen, und haben zu diesem Behufe mit Vollmachten versehen:

Der schweizerische Bundesrath:

den Herrn Joseph Martin Knüsel, Mitglied des Bundesrathes,
Vorstand des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements,
und

Seine Königliche Hoheit

der Großherzog von Hessen und bei Rhein:

den Geheimen Legationsrath Herrn Dr. Julius von Breidenbach,
außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Königlich
Württembergischen und Großherzoglich Badischen Hofe,

welche, nach Auswechslung ihrer, in gehöriger Form befundenen
Vollmachten, über nachstehende Bestimmungen übereingekommen sind:

Art. 1.

Die schweizerische Eidgenossenschaft und die Großherzoglich Hessische Regierung verpflichten sich durch diesen Vertrag, sich gegenseitig alle Individuen, mit Ausnahme der eigenen Staatsangehörigen, auszuliefern, welche wegen eines der im Art. 2 aufgezählten Verbrechen von den zuständigen Behörden des einen Staates in Untersuchung gezogen oder verurtheilt worden sind und sich in den andern Staat geflüchtet haben.

Art. 2.

Die Verbrechen, wegen deren die Auslieferung gegenseitig zugestanden wird, sind:

- 1) Mord, mit Inbegriff des Kindsmords.
- 2) Totschlag.
- 3) Vergiftung.
- 4) Schwere Körperverletzung.
- 5) Abtreibung der Leibesfrucht, Kindesaussetzung.
- 6) Nothzucht, Blutschande und andere Verbrechen der Unzucht.
- 7) Brandstiftung.
- 8) Fälschung von öffentlichen, Handels- oder Privaturkunden, die Fälschung von Banknoten und Papiergeld inbegriffen.
- 9) Fälschung oder Verfälschung von Münzen.
- 10) Wissenliches Ausgeben falscher Münzen oder Banknoten oder falschen Papiergeldes, im Einverständniß mit dem Fälscher oder Verfälscher.
- 11) Betrug, mit Einschluß des betrüglichen Bankerotts.
- 12) Raub, Erpressung, Diebstahl.
- 13) Unterschlagung, verübt von öffentlichen Beamten, Vormündern, Kuratoren, Verwaltern, Privatrechnungsführern oder sonstigen Bediensteten.
- 14) Beschädigung fremden Eigenthums, insbesondere an Eisenbahnen und Telegraphen.
- 15) Meineid, falsches Zeugniß, falsche Anklage in Bezug auf die im vorliegenden Artikel bezeichneten Verbrechen.

Art. 3.

Gleichzeitig mit dem Auszuliefernden sollen alle in dessen Besitz gefundenen, entwendeten oder zum Beweise des Verbrechen dienenden Gegenstände übergeben werden. Ebenso sollen alle derartigen Gegenstände ausgeliefert werden, wenn der Verbrecher dieselben in dem Lande, wohin er sich geflüchtet hat, verborgen oder hinterlegt hatte, und solche später aufgefunden werden.

Vorbehalten bleiben die Rechte dritter, an dem Verbrechen unbetheiligter Personen auf die vorerwähnten Gegenstände, welche ihnen nach gemachtem Gebrauche kostenfrei zurückzustellen sind.

Art. 4.

Die Auslieferung kann verweigert werden, wenn seit Begehung der zur Last gelegten That, seit der letzten Untersuchungshandlung oder seit der Verurtheilung eine Verjährung der Anklage oder der Strafe nach den Gesetzen desjenigen Landes eingetreten ist, in welches der Angeschuldigte sich geflüchtet hat.

Art. 5.

Das Auslieferungsbegehren ist unstatthaft, wenn es sich auf dieselben Verbrechen gründet, wegen welcher der Auszuliefernde in dem

Land, wohin er sich geflüchtet hat, gerichtlich verfolgt wurde oder noch verfolgt wird.

Wenn die Person, deren Auslieferung begehrt wird, in dem Lande, wohin sie sich geflüchtet hat, bereits wegen eines eben daselbst begangenen Verbrechens oder Vergehens in Untersuchung gezogen oder verurtheilt ist, so wird die Auslieferung so lange ausgesetzt, bis dieselbe rechtskräftig freigesprochen ist oder die ausgesprochene Strafe erstanden hat.

Ist die Person wegen Schulden oder sonstiger zivilrechtlicher Verbindlichkeiten verhaftet, so findet die Auslieferung erst nach aufgehobenem Schuldarreste statt.

Art. 6.

Wenn der Angeschuldigte oder Verurtheilte nicht Angehöriger des Staates ist, welcher seine Auslieferung begehrt, so steht es der angesprochenen Regierung frei, vorerst etwaige Einwendungen gegen die Auslieferung Seitens der Landesregierung des betreffenden Individuums anzuhören.

Es bleibt dem um die Auslieferung angegangenen Staate freigestellt, den Angeschuldigten zur Aburtheilung an die Regierung desjenigen Landes auszuliefern, in welchem das Verbrechen verübt wurde, oder aber an seine Heimatregierung, sofern diese die Verpflichtung übernimmt, denselben vor Gericht zu stellen.

Art. 7.

Die politischen Verbrechen und Vergehen sind von der gegenwärtigen Uebereinkunft ausgenommen. Es ist ausdrücklich festgesetzt, daß ein Individuum, dessen Auslieferung gewährt worden ist, in keinem Falle wegen eines vor seiner Auslieferung begangenen politischen Vergehens, noch wegen irgend einer mit einem solchen Vergehen in Verbindung stehenden Handlung, noch wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das in der gegenwärtigen Uebereinkunft nicht vorgesehen ist, verfolgt oder bestraft werden darf.

Art. 8.

In denselben Fällen, wo der eine Staat berechtigt ist, die Auslieferung eines Angeschuldigten zu fordern, ist er auch verbunden, die ihm von dem andern Staate angebotene Auslieferung anzunehmen.

Art. 9.

Zur Begründung jedes Auslieferungsbegehrens ist die Beibringung eines Verhaftsbefehls oder einer andern gleich wirksamen, nach den gesetzlichen Formen des die Auslieferung begehrenden Staates ausgestellten Urkunde nöthig, welche die Natur und Schwere des Verbrechens und die darauf anwendbare Strafbestimmung angibt.

Die Beurtheilung der Frage, ob im gegebenen Falle eine der im Art. 2 bezeichneten Handlungen im Verbrechengrade strafbar sei, richtet sich nach den Gesetzen desjenigen Staates, welcher die Auslieferung begehrt.

Art. 10.

Die Auslieferung soll auf den von der Regierung des einen Staates an jene des andern im diplomatischen Wege zu richtenden Antrag geschehen.

Jedoch soll immerhin auf direktes Verlangen der zuständigen Behörde der Verfolgte einstweilen in Verhaft genommen werden; derselbe ist aber wieder freizulassen, wenn nicht binnen vier Wochen ein förmliches Auslieferungsbegehren einkommt und eine demselben entsprechende Verfügung dem Verhafteten eröffnet wird.

Art. 11.

Jeder der beiden Staaten übernimmt in Beziehung auf diejenigen Personen, deren Auslieferung von ihm zugestanden wird, die Kosten ihrer Verhaftung, ihrer Gefangenehaltung und ihres Transportes an die Grenze.

Wenn im Falle des vorigen Artikels die Auslieferung nicht nachgesucht oder nicht bewilligt wird, so hat der Staat, dessen Behörde die einstweilige Verhaftung veranlaßt hat, die Kosten zu ersetzen.

Art. 12.

Wenn im Laufe eines Strafverfahrens die zuständige Behörde eines der beiden Staaten die Abhör von Zeugen, welche in dem andern wohnen, oder die Vornahme einer ähnlichen Untersuchungshandlung für nöthig erachtet, so soll dieselbe auf unmittelbares Ersuchen dieser Behörde von der zuständigen Behörde des andern Staates ungesäumt vorgenommen und das Protokoll der ersuchenden Behörde übersendet werden.

Solchen Zeugen ist übrigens unbenommen, von dem ihnen nach den Gesetzen ihres Landes zustehenden Rechte zur Ablehnung des Zeugnisses Gebrauch zu machen.

Eine Ablehnung des Ersuchens hat dann Statt zu finden, wenn die Untersuchung gegen einen noch nicht von der ersuchenden Behörde verhafteten Angehörigen des andern Staates gerichtet ist, oder die Anschuldi gung der bereits verhafteten Person eine That betrifft, welche nach den Gesetzen dieses Staates nicht gerichtlich strafbar ist.

Beide Regierungen verzichten auf Ersatz der Kosten, welche durch den Vollzug derartiger Ersuchen entstehen.

Art. 13.

Unter den im vorhergehenden Artikel gedachten Beschränkungen sind in außerordentlichen Fällen, wenn es zur Herstellung der Identität eines Verbrechers oder zur Anerkennung des Corpus delicti nothwendig erscheint, jedoch immer nur auf vorausgegangenen Antrag im diplomatischen Wege, die Zeugen gegenseitig auch persönlich jederzeit zu stellen.

Kann der Zeuge nachweisen, daß seine besondern Verhältnisse ihm die Reise an den Sitz des auswärtigen Gerichts unthunlich machen, so ist hierauf geeignete Rücksicht zu nehmen.

Erscheint der Zeuge vor der Behörde des andern Staates, so darf

er weder an dem Orte seiner Vernehmung, noch während seiner Hin- und Rückreise festgenommen, noch sonst in seinen Rechten beeinträchtigt werden, es sei denn, daß er als Mitschuldiger erkannt, oder daß er während seines Aufenthalts im fremden Lande ein Verbrechen begehen und auf offener That ergriffen würde. In diesen Fällen wäre derselbe an die zuständige Behörde seines Landes zu liefern, um vor seinen ordentlichen Richter gestellt zu werden.

Dem Zeugen werden die Kosten der Reise und des Aufenthalts nach den Bestimmungen des Landes, in welchem er seine Erklärungen abgegeben hatte, vergütet und auf Verlangen zu einem verhältnismäßigen Theile vorgeschossen.

Art. 14.

Die Behörden beider Staaten werden sich gegenseitig den im Art. 12, Absatz 3 bezeichneten Fall ausgenommen, alle zu gerichtlichen Zwecken erforderlichen Untersuchungsakten mittheilen.

Art. 15.

Der gegenwärtige Vertrag ist auf zehn Jahre abgeschlossen.

Findet sechs Monate vor Ablauf dieser Frist keine Aufkündigung von Seite eines der kontrahirenden Theile statt, so wird der Vertrag für so lange als stillschweigend verlängert angenommen, als nicht eine Aufkündigung erfolgt, in welchem Falle dann die Gültigkeit des Vertrags nach sechs Monaten, vom Kündigungstage an, erlischt.

Art. 16.

Dieser Vertrag soll von beiden Theilen der höchsten Genehmigung unterstellt und es sollen die Ratifikationen innerhalb vier Monaten, vom Tage der Unterzeichnung an oder früher, wenn möglich, ausgetauscht werden.

Deffen zur Urkunde haben die beiderseitigen Bevollmächtigten den vorstehenden Vertrag in zwei gleichlautenden Ausfertigungen unter Beidrückung ihrer Siegel unterzeichnet.

Bern, den 9. Juni 1865.

Der Bevollmächtigte
für die Schweiz:

Der Bevollmächtigte
für Hessen;

(L. S.) (Geg.) J. M. Knüsel. (L. S.) (Geg.) J. von Breidenbach.

B o t s c h a f t

des

Bundesrathes an die h. Bundesversammlung, betreffend die provisorische Inkraftsetzung des durch den Handelsvertrag mit Frankreich vereinbarten schweizerischen Konventionaltarifs gegenüber dem deutschen Zollverein und Italien mit dem 1. Juli 1865.

(Vom 1. Juli 1865.)

Tit. I

Der Artikel 31 des Handelsvertrags zwischen der Schweiz und Frankreich vom 30. Juni 1864 bestimmt, „daß dieser Vertrag und die zugehörigen Tarife mit dem 1. Januar 1866 zur Anwendung kommen sollen, oder auch früher, wenn die vertragsschließenden Theile gemeinsam finden sollten, daß diese Inkrafttretung beschleunigt werden könne. Jedenfalls werde der gegenwärtige Vertrag zu gleicher Zeit in Vollziehung treten wie der am 2. August 1862 zwischen Frankreich und Preußen abgeschlossene Handelsvertrag.“

Am 10. April d. J. brachte Herr Minister Kern in Paris zu unserer Kenntniß, daß die Hindernisse gegen die Inkraftsetzung des französisch-preussischen Vertrags gegenüber dem ganzen deutschen Zollverein nunmehr beseitigt seien und daß derselbe voraussichtlich am 1. Juli in Kraft treten werde.

Staatsvertrag zwischen der Schweiz und dem Großherzogthum Hessen, betreffend gegenseitige Auflieferung von Verbrechern. (Vom 9. Juni 1865.)

In	Bundesblatt
Dans	Feuille fédérale
In	Foglio federale
Jahr	1865
Année	
Anno	
Band	3
Volume	
Volume	
Heft	32
Cahier	
Numero	
Geschäftsnummer	---
Numéro d'affaire	
Numero dell'oggetto	
Datum	13.07.1865
Date	
Data	
Seite	85-90
Page	
Pagina	
Ref. No	10 004 814

Das Dokument wurde durch das Schweizerische Bundesarchiv digitalisiert.

Le document a été digitalisé par les Archives Fédérales Suisses.

Il documento è stato digitalizzato dell'Archivio federale svizzero.